

Eingelpreis 15 Pfennig  
(Auswärts 25 Pf.)

# Reichswart

Graf E. Lentlow

Der „Reichswart“ erscheint jeden Sonnabend. Bezugspreis: Monatlich durch die Post RM. 1,- (ohne Befehlgebühren). Deutschl. Reich monatlich 2 Schilling. Ausland: Vierteljährlich 1 Dollar. Anzeigenpreis: Für die 12 gelbtenen Millimeter-Spalte 15 Reichspf., die ganze Seite 400 Reichspf.

Bei Vorkaufbestellungen entfällt. Redaktion: Rabat nach East. Bestellungen nehmen alle Buchhändler, Buchhandlungen sowie der Verlag „Der Reichswart“, G.m.b.H., Berlin SW 11, „Europa-Platz“, Eingang Anhalterstraße, 3. Etage (Postfach) entgegen. — Vertretung: H. Jäger 2880. Postfachkonto: Berlin 82714.

**Inhalt:** Das Führermandat des Volkes — Die große historische Stunde — An die Leine mit den „Wirtschaftsführern“ — Die Ostfrage, eine Siedlungsfrage — Themen zur deutschen Handelspolitik — Die sogenannte Volkswirtschaft — Gefahren für den Arbeitsdienst — Die deutsche Nationalökonomie

## Das Führermandat des Volkes

Der gewaltige, entscheidende Erfolg vom 5. März bestätigt zunächst zweierlei: daß der Entschluß Adolf Hitlers, auch unter den totalen Verhältnissen den Kanzlerposten anzunehmen, richtig war; zweitens war der Entschluß Adolf Hitlers, — eigentlich die Voraussetzung des ersten —, für den Eintritt in die Regierung, nur unter der Bedingung sofortiger Neuwahlen einzutreten, ebenfalls richtig. Der unfehlbare Richter der Politik: der Erfolg hat sich hier einwandfrei bestätigt. Die Gerechtigkeit verlangt die Feststellung, daß auch die Herren von Papen und Hagenberg und Selbde durchaus Recht hatten, als sie sagten, daß sie gegen diese Wahl gewesen seien.

Das Ergebnis der Wahl mit beinahe 50prozentiger Vermehrung der Wählerkraft der NSDAP, beweist nicht allein das siegreiche Vordringen des nationalsozialistischen Gedankens, — nicht wenige unter den neuen Wählern mögen in diesen noch nicht allzu tief eingedrungen sein —, sondern vor allem die Anerkennung Adolf Hitlers als des Führers in ein neues Deutschland hinein. Das erscheint uns gerade bei dieser Wahl als das entscheidende Moment, entscheidend, weil sich darin die Ueberzeugung und das Empfinden immer mehr anschwellender Massen ausdrückt, daß das deutsche Volk sich nunmehr bewußt an einem Wendepunkt seiner Geschichte befindet und diese Wendung bejaht im nationalsozialistischen Sinn. Das ist freie Tat der Wähler! Nichts hinderte sie, die Front schwarz-weiß-rot zu wählen, deren Redner und Zeitungen wochenlang mit eindringlichster Beredsamkeit versichert hatten, daß unbeschadet ihrer völligen Uebereinstimmung mit Adolf Hitler, nur sie, die Schwarz-weiß-rot, die Geeigneten seien, um geschlossen für Neues, dabei mit dem Alten, Ueberlieferungen fest verbunden in edler Mäßigung dem freudig harrenden deutschen Volke das Tor der deutschen Zukunft aufzuklopfen. Aber der Wähler hat anders gedacht, nicht aus Gleichgültigkeit, vielmehr war die Wahlbeteiligungsziffer im Durchschnitt höher, als je zuvor, sondern weil, — weil der Wähler eben in Adolf Hitler und seiner Bewegung die einzige deutsche Zukunftsmöglichkeit erblickt, weil er vom Parteiwesen nichts mehr wissen will.

Ueber die Parteien zu schelten, sie als überlebt zu bezeichnen, ist in Deutschland nicht neu, man hörte das schon vor dem Kriege, aber der deutsche Wähler hat nie früher danach gehandelt. Die Parteien blieben was sie waren und tauchten auch nach dem Umsturz nur dem Namen nach verändert wieder auf. Dieses Mal ist es anders! Die Deutschen werden sich immer klarer darüber, daß das Parteiwesen in Deutschland sterben muß, wenn Deutschland leben soll. Man begreift auch, daß nur der Nationalsozialismus die Bewegung ist, welche deutsche Zukunft in sich trägt. Trotz aller Versicherungen, trotz allen Selbstlobes glaubt der Wähler nicht mehr den Parteien, daß sie Kraft, Willen für Neues und Volksgefühl besitzen. Wie ungeheuer groß der Umschwung ist, zeigt besonders Süddeutschland, vor allem Bayern. Der Sieg Hitlers dort hat in ganz Deutschland, und mit Recht, tiefen Eindruck gemacht und den Beweis geliefert: es ist tatsächlich die Wendung eingetreten, die Wendung, die den Nationalsozialismus nunmehr vor Aufgaben gestellt hat, wie sie größer und irrtümlicher nicht vorgestellt werden können.

Die Stellung Adolf Hitlers in Deutschland ist vom 4. auf den 5. März enorm gewachsen, weit über die unmittelbare Bedeutung der Zahl der Stimmen und der Mandate hinaus. Die ausländischen Stimmen, ob sympatisch oder ablehnend, erbliden ohne Ausnahme in Adolf Hitler den vom deutschen Volk erwählten Führer Deutschlands. Und das ist eine Tatsache der Persönlichkeit, wie der Macht; an dieser Tatsache kommen auch die Gegner in Deutschland nicht herum. Daran ändert auch nicht das geringste die neuzeitliche amtliche Mitteilung, daß an der Personenzusammensetzung des Kabinetts jetzt nichts geändert werde. Das Schwergewicht an Autorität und Macht, das das Volk am 5. März legitim in die Hand Adolf Hitlers gelegt hat, ist so groß, daß es für ihn das Mandat des Volkes bedeutet, Deutschland zu führen.

Die Zustände in Deutschland, welche wir unter dem „Dritten Reich“ verstehen, sind noch nicht da. Wir sind weit von ihnen entfernt, aber der Weg dahin wird jetzt unter Führung Adolf Hitlers beschritten. Es würde nicht vor dem deutschen Volk verantwortet werden können, wenn diejenigen, welche behaupten: sie zögern, wenn auch nicht zur nationalsozialistischen Bewegung gehörig, am selben Strang wie Adolf Hitler, versuchen wollten, den geraden Weg zum nationalen Sozialismus schwer, oder unpassierbar zu machen. Der Kampf gegen den Marxismus ist mit aller Energie eingeleitet worden. Solange der Kapitalismus besteht, wird der Marxismus immer von neuem Lebenskraft erhalten.

## Die große historische Stunde

Von Franz Stöhr, M.D.R.

Nach dem erfolgreichen Wahlkampf, der hinter uns liegt, wird die Aufbaubarbeit des Kabinetts Hitler planmäßig einsetzen. Niemand unter uns ist sich über den Umfang dieser Aufgabe im unklaren. Am treffendsten hat sie der Kanzler selbst mit der Verheißung umrissen, daß der Marxismus bei uns in 10 Jahren der Geschichte angehören würde. Im Rahmen der NSDAP wurden zu keiner Zeit Debatteklubs gebildet und es darf natürlich auch in Zukunft derartige Einrichtungen nicht geben. Doch das Ziel, das Hitler sich und uns gesetzt hat, ist derartig gewaltig und weit gesteckt, daß es nur erreicht werden kann, wenn alle Parteigenossen nach bestem Können dabei sind.

Der Herausgeber des „Reichswart“ hat in Wort und Schrift schon häufiger auf die Tatsache hingewiesen, daß wir bisher noch nie ein Volk oder eine Volksgemeinschaft waren. Als besseren Kriegervereins-Patriotismus wollen wir es bezeichnen, wenn gewisse nationale Kreise mehr oder minder heftig von der „Wiedererrichtung“ der Volksgemeinschaft schwärmen. Es ist die historische Mission des Nationalsozialismus, aus den von zahlreichen geistigen Strömungen und Interessengruppen durchgezogenen deutschsprechenden Bewohnern des Reiches ein Volk und eine Volksgemeinschaft zu machen. Wir wissen, daß es im Grunde nicht der marxistisch gedrückte Arbeiter ist, der hier im Wege steht. Unersöhnliche und gefährliche, weil mächtige und einflussreiche, Gegner der Volksidee werden immer da zu finden sein, wo man sozusagen traditionsgemäß auf Kosten der wertvollsten Schaffenden eine Art Prohnenbasein führt. Es genügt, darauf hinzuweisen, daß der große Erwecker des italienischen Volkstums, Mussolini, durch die marxistische Schule gegangen und ein führender Marxist gewesen ist, um darzutun, wie gründlich Marxisten umzulernen vermögen.

In einer Ansprache an Vertreter der nationalsozialistischen Arbeiterschaft, am 1. März

1933, wies Reichskanzler Hitler darauf hin, daß der Marxismus nur endgültig vernichtet werden kann, wenn seine Anhänger weltanschaulich erfasst würden und ihm durch bessere wirtschaftliche und soziale Voraussetzungen der bisherige Nährboden entzogen werden könne. Mit der Ankündigung, daß das geschehen würde, hat er auf der einen Seite eine weite Breishe in die Gedankenwelt der marxistischen Arbeiterwelt geschlagen, und andererseits im Lager der Anhänger einer ausgesprochenen Profittwirtschaft Reformen ausgelöst, die sich mit dem Beginn der Arbeit der Regierung in erbitterte Gegnerschaft verwandeln werden.

Wir Nationalsozialisten sind mit ganzem Herzen dabei, wenn Hitler mit der gleichen drakonischen Strenge, die er gegen hoch- und landesverräterische Umtriebe der Marxisten zur Anwendung bringt, einschreitet gegen sogenannte Wirtschaftsführer und ihre publizistischen Kreaturen, die sich seinen Anforderungen an eine wahre Volksgemeinschaft nicht unterwerfen wollen. „Gemeinnutz vor Eigennutz“ — dieser Kardinalsatz der nationalsozialistischen Wirtschaftslehre muß allgemein anerkanntes Prinzip in einem Staatswesen sein, das ein Kanzler Adolf Hitler regiert. Im Standardwerk der Bewegung, in Hitlers Buch „Mein Kampf“ heißt es: „Am die Masse der nationalen Erhebung zu gewinnen, ist kein soziales Opfer zu schwer. Die nationale Erziehung der breiten Masse kann nur über den Umweg einer sozialen Hebung stattfinden, da ausschließlich durch sie jene allgemein wirtschaftlichen Voraussetzungen geschaffen werden, die dem Einzelnen gestatten, auch an den kulturellen Gütern der Nation teilzunehmen.“

Wir wissen, daß es harte Kämpfe kosten wird, bis manche Persönlichkeiten, vielleicht auch gewisse Schichten zu der vorbehaltlosen Erkenntnis erzogen sein werden, daß ein von Hitler geführtes Reichskabinett bei der Lösung der sozialen Frage keinen Spaß versteht und sich

auf Halbheiten nicht einlassen kann. Wären wir Menschen vom Schlage der untergegangenen bürgerlichen Welt, dann könnten wir uns auf die bequeme Ausrede zurückziehen, daß es sich bei dem Kabinett Hitler um keine nationalsozialistische Regierung handelt, da nur drei Vertreter der Partei darin sitzen. Aber der Name des Kanzlers Hitler ist für uns ein Programm, aus dem sich die freudig übernommene Verpflichtung ergibt, die erwähnten wirtschaftlichen Voraussetzungen der Praxis zu übertragen.

Den sogenannten Wirtschaftsführern erscheint die Zerrissenheit, in der sich unser Volk bislang befand, durchaus erträglich. Auch ihre sozialen Gegenspieler, die Führer der Gewerkschaften, zumal der von der Sozialdemokratie begünstigten „Freien Gewerkschaften“, fühlten sich in diesem Zustand verhältnismäßig wohl. Diesen Komponenten der wirtschaftlichen Kräfte muß und wird mit aller Deutlichkeit zu Gemüte geführt werden, daß bei Aufrechterhaltung des Grundjahres der Selbstverwaltung nur positive Aufbaubarbeit im Sinne der Anschauungen Hitlers in Frage kommen kann. Wenn die beiderseitigen Organisationen über die Höhe der Entlohnung der Arbeiter und Angestellten, über die Dauer der Arbeitszeit, Urlaub und dergleichen keine Einigung erzielen, dann wird ein vom Staat bestellter unparteiischer Schlichter die für alle Teile verbindliche Entscheidung fällen. Den berufsständischen Interessenvertretern der Arbeitnehmerschaft kann man die Regelung des Arbeitsnachweises, die Durchführung der Arbeitslosenversicherung usw. übertragen, und den Staat weitgehendst von umfangreichen und kostspieligen Verwaltungsaufgaben entlasten. Es liegt auf der Hand, daß eine solche Erweiterung ihres Aufgabengebietes, die ihr eine schlechthin dominierende Stellung verleihen würde, in jedem Beruf nur einer einzigen und nur der reinen Arbeitnehmer- und Interessenvertretung übertragen werden könnte, die

in ihrem Aufbau und in der Besetzung der leitenden Posten absolute Vertrauenswürdigkeit beanspruchen kann. Die entsprechenden Anordnungen könnten von Fall zu Fall und nach vorheriger Fühlungnahme der staatlichen Organe mit den Vertretern der in Aussicht genommenen Gewerkschaften erfolgen. Es unterliegt für uns keinem Zweifel, daß sich in jedem Beruf bzw. Berufsbranche eine Organisation finden würde, die geeignet wäre, die staatlich anerkannte Arbeitnehmer-Interessenvertretung zu sein, ohne daß ihr der Geruch einer wirtschaftlich abhängigen, etwa gar den gelben Schilben gleich zu erachtenden Einrichtung anhaften würde. Auf diesem Wege läßt sich der Einfluß gewisser Parteien auf die ihrer Natur nach zu reinen Organen der Volkswirtschaft und einer bewußten Staatspolitik bestimmten Gewerkschaften radikal ausschalten. Damit würden die wertvollsten Elemente des Arbeitertums bald zu zuverlässigen Gefolgsleuten der Regierung Hitlers erzogen sein. Marxistische, fremdbörsliche Heher könnten dann ihre Hoffnungen, zu einem ihnen geeignet erscheinenden Zeitpunkt mit der Bildung unterirdischer, illegaler Organisationen entrechteter, sich vernachlässigt fühlender Arbeitnehmer zu beginnen, endgültig begraben.

Wir hoffen und vertrauen darauf, daß der deutsche Arbeiterführer Adolf Hitler als maßgebender Lenker der deutschen Staatsgeschichte die große historische Stunde erkennt, die angebrochen ist, um seinen Willen, die von den Marxisten verführten Massen der anständigen deutschen Arbeiter wieder dem Staat zurückzu-

### Schöne weiße Zähne

erhalten Sie bei täglichem Gebrauch von Chlorodont, der Zahnpaste von höchster Qualität. Sparsam im Verbrauch. Tube 50 Pf. und 80 Pf. Verlangen Sie nur Chlorodont und weisen Sie jeden Ertrag dafür zurück.

erobert und in die deutsche Volksgemeinschaft einzugliedern", durchzusetzen, allen Widerständen zum Trotz, die ihm Rentabilitätsberechnungen und bürgerliche Ressentiments

aller Art in den Weg legen könnten. Er ist es und kein anderer, der auch die Richtlinien der Wirtschafts- und Sozialpolitik zu bestimmen hat.

neue beglückende Aussicht: die Subvention durch den Staat. Die Bankherren" und die „Industrieapostole" erblickten seitdem ihren Stolz darin, sich vom Staat unterstützen zu lassen, selbstverständlich nur um des Wohlwollens des Ganzen willen, weit entfernt von jedem Eigennutz. Das Vaterland könnte zugrunde gehen, wenn die Wirtschaftsführer nicht ausreichende Subvention erhielten, natürlich laufend, natürlich je nach Bedarf. Aber sie verlangen in der alten unausrottbar naiven Dreistigkeit trotz dem ihre „Wirtschaftsfreiheit". Zahlen, unaufhörlich zahlen soll für sie der Staat, sobald sie verlangen und soviel sie verlangen, aber sie verbitten sich energisch jede Kontrolle ihrer Wirtschaft durch den Staat: das wäre ja — Marxismus, das wäre ja Planwirtschaft werden. Klein, freie Wirtschaft, harmonisch gepaart mit Subvention! Der „Führer" der Wirtschaft will „Herr im eigenen Hause" sein, der Staat mit seinen Hilfsmitteln ist für ihn da, nicht etwa er für den Staat. Der verantwortungsfreudige Herrenmenschen ist der selbstverständliche Herr des Staates, der ihm seine leichtfertig gemachten Schulden zu bezahlen hat. Dieses Wirtschaftsparadies hofft man jetzt ein für allemal geschäftlich fundieren zu können. Die aus eigener Schuld Bankrotten und ihre Vertreter verlangen mit der Stimme des Herrenmenschen Wirtschaftsfreiheit und, vor

allem, Subventionen. Wir sind Adolf Hitler besonders dankbar für sein Wort des vorigen Donnerstag: man rede viel von der Ankurbelung, in erster Linie aber stehe die Vermehrung der Kaufkraft der Massen. — Auch diese kurzen Betrachtungen zeigen, daß hinter dem so lauten christlich-konservativ-nationalen Stimmen der alte Wirtschaftsliberalismus des vergangenen Jahrhunderts steht, eigenartig, unsozial bis auf die Knochen. Sein Weg führt nicht in eine deutsche Zukunft, sondern auf Bahnen, deren alte kapitalistische, antisoziale Spuren schreien sollten. Nenne man es Planwirtschaft oder anders: die deutsche Wirtschaft, die als Privatwirtschaft im Grunde und in jedem Sinne bankrott ist, muß vom Staate fest an die Leine genommen werden, eine Leine, die je nach dem Dazufallen des Staates, — der Staat muß allerdings auch danach sein! — losgerissen oder anzuziehen ist. Ein Wirtschaftsplan des Staates muß Richtschnur, unbedingte Richtschnur, für die „Wirtschaftsführer" sein, mit dem Ziel der Ueberführung des Großbetriebes in die Hand der Volksgenossenschaft. Der Bergbau hätte sofort den Anfang zu machen; es ist der Skandal, ein wirtschaftlicher wie ein sozialer, daß der Bergbau noch sich in Privatband befindet.

## An die Leine mit den „Wirtschaftsführern"!

Es ist noch nicht lange her, da forderten deutsch-nationale Wirtschaftsführer im Reichstag mit dem Pathos des Marquis Fosa: „Wirtschaftsfreiheit". Freiheit verlangen sie und ihre Anhänger für die Entwicklung des Genies des Unternehmers, des Wirtschaftsführers und der Kapitäne der Industrie. Beweisgrund: das beispiellose Gedeihen der deutschen Wirtschaft und der deutsche Reichtum in der Vorkriegszeit sei in erster Linie eben der Freiheit der Wirtschaft bzw. des Unternehmertums zuzuschreiben gewesen, so müsse es wieder werden: Freiheit für die Wirtschaft, für den weltberühmten Unternehmertum, wie der selbige Begabung darf er nicht gesehlt werden. Heute glaubt man an der Schwelle des neuen, zu vergoldenden Zeitalters wieder angelangt zu sein: das Reich des Unternehmers ist nahe herbeigekommen, und die Vertreter der Wirtschaftsfreiheit wanken, die Stirne bekränzt mit Vorschußlorbeeren.

lamentenvertreter rühmten die wachsende Ausfuhr und während derselben Zeit sank in immer erschreckender Weise im Innern die Kaufkraft der Massen, diese Hauptgrundlage für jede Volkswirtschaft und im besonderen auch für jede Industrie. Die Wendeparole hieß Ausfuhr, und nachdem der Innenmarkt verödet war, verschloffen sich die Außenmärkte der deutschen Ausfuhr; das große Irrlicht des Dezenniums erlosch, nachdem es die deutsche Wirtschaft in den Sumpf geführt hatte. Wahrhaftig, ruhmreiche Erinnerungen der Wirtschaftsführer. Sie halten aber von diesen Erinnerungen nichts. Nachdem ihr frivol aufgerichtetes Gebäude zusammengeklüppert, es mit dem Punkt für ihre Ankurbelung zu Ende war, und als die Bilanz nach Nahrung schrie, während alles in Deutschland zusammenbrach, da eröffnete sich eine

„Freiheit der Wirtschaft" bedeutet hier die Verpönung itaatlicher Einflußnahme. Diese soll durch das hohe Verantwortlichkeitsgefühl der erlauchten Führer der Wirtschaft mehr als vollwertig ersetzt werden. Wir fragen uns immer wieder, ob die Leute, die so sprechen, an ihre eigenen Worte auch nur fünf Minuten lang glauben können — und wollen. Vor dem Kriege kam es vor, daß deutsche Industrielle, unter ihnen Hugo Stinnes, mit Stolz aufzählten, was ihnen alles in Spanien, auf den Großbritanniischen Inseln usw. an Erz- und Kohlenwerken gehörte, und zogen daraus in stolzer Naivität den Schluß: also sei ein Krieg Deutschlands z. B. mit Großbritannien eine Unmöglichkeit, denn das, was die Briten brauchen, z. B. Kohlen, „gehöre" ja ihnen, den deutschen Industriellen. Daß der neuzeitliche Krieg sich um derartige Eigentumszwinsfäden keine Sekunde lang kümmert, daran dachten sie nicht und glauben es nicht. Wir haben damals schon vor den in der Folge verhängnisvollen kurzfristigen Vorheiten der weitblickenden Wirtschaftsführer gewarnt, die ungeheure Investitionen im Ausland vornahmen, Werte, die im Kriege preisgegeben waren und auch im besten Falle während eines Krieges die deutsche Wirtschaftskraft nicht stützen konnten. Oder sollten wir noch daran erinnern, wie seit 1899 das letzte Ende international-kapitalistische Unternehmen der Bagdad-Bahn nicht nur ungeheure Geld- und Materialmassen im Ausland festlegte, sondern auch die deutsche Außenpolitik bestimmte, welche letztere dann Rußland, Großbritannien und Frankreich auch im Orient fest und angriffslustig gegen Deutschland zusammenstürmte.

## Die Dstfrage, eine Siedlungsfrage!

Von Dr. Carl Hartwich

### II. Fehler in der bisherigen Siedlungspolitik

Daß bisher die landwirtschaftliche Siedlung nicht genügend als wichtige Maßnahme zur Gesundung unseres Ostens angesehen und durchgeführt wurde, liegt in den Fehlern, die sowohl durch die Siedlungsreise und ihren Organisationen gemacht worden sind wie auch in dem hartnäckigen Kampf der Landbesitzer, d. h. der Großgrundbesitzer, im Osten begründet. Der Großgrundbesitzer will, was von seinem Standpunkt zu verstehen ist, seinen Besitz erhalten. Daß das Volksinteresse dagegen steht, kümmert ihn, der von den Vorfahren sein Gut geerbt hat, weniger. Aber dieser Kampf gegen die Siedlung ist, auf die Dauer gesehen, nicht gefährlich. Die östliche Großlandwirtschaft teilt sich von selbst auf. Dagegen läßt sich nichts tun, weil diese Aufteilung im Zuge der Geschichte liegt. Ein Volk, das noch Kraft besitzt, drängt in Notzeiten dorthin, wo Boden vorhanden ist, da er ihm Arbeit und Existenz gibt. Das ist für Deutschland der Osten. Unser Kampf gegen Marxismus, Kommunismus und Hochkapitalismus ist, auf die Bevölkerung und die Wirtschaft bezogen, ein Kampf gegen das zu starke Betonen der Industrie und die Verflüchtigung und daher ein Kampf um eine Verbindung des deutschen Menschen mit dem Boden. Diese Entwicklung ist da und kann durch keine Eigenwünsche der Großgrundbesitzer und keine geschlichen Schutzmaßnahmen aufgehalten werden. Heute schon wandern Zehntausende vom Westen nach dem Osten zurück. Die Frage, um die es heute geht, ist also nicht, ob der Osten besiedelt wird, sondern ob der Osten organisch besiedelt wird.

Während des Krieges hat die deutsche Industrie organisatorisch und technisch Großes geleistet: unter der Aufsicht und dem Befehl des Staates, dabei ungeheure Kriegsgewinne eingeharnt. In den Jahren nach dem Kriege wogte sich der Großunternehmer in die alte Selbstüberhebung ein, seinen Leistungen bildete die nächste Bilanz. So stimmte sie für die Damesage, für die allgemeine ungeheure Auslands-Wumpwirtschaft, mit der Begründung, die Wirtschaft müsse „angelurbeit" werden. Auslandsmilliarden strömten herein nach Deutschland, das Ende war der ungeheure Raub von 1931. In der Zwischenzeit war die Enteignung des Besitzes in Deutschland mit Riesenschritten vorwärts gegangen, maßgebend verursacht durch die „Wirtschaftsführer". Diese acht deutschen Männer erklärten es auch nur als in der „Entwicklung" liegend, als sie das internationale Eisenartell schlossen und durch ihre Vertreter im Reichstag annehmen ließen. Die Führer der Wirtschaft, die unaufhörlich von ihrer väterlich-sozialen Fürsorge und Betretung ihrer Arbeitnehmer sprachen, gaben diese kalblütig preis, machten durch amerikanisches Geld jede Lohnbewegung und jeden Streik unmöglich und — erhöhten die Preise!

Bisher haben die Fachkreise der Siedlung in ihre Aufgabe nicht den Volksdrang zum Boden gestellt, weil sie über kleinliche, geschliche, organisatorische und wirtschaftliche Beschränkungen nicht zu einer großzügigen Entwicklung ihrer Arbeit gekommen sind. Das gilt sowohl für die Stadtrand- wie für die bäuerliche Siedlung. Wohl kennen die bisher leitenden Stellen der landwirtschaftlichen Siedlung die staatsaufbauenden Momente, die in der Einheit Mensch und Boden liegen. Statt diesen geündeten Drang volksmäßig zu verstehen und zu nutzen, hat man die Siedlung zu einer alchimistischen Wissenschaft erniedrigt, von der Augenheiler nichts und Mitarbeitende oft nur wenig verstehen und geglaubt, alles auf staatliche Organisation und Kreditbeschaffung einstellen zu können. Damit schienen ihre Aufgaben für beendet, denn die organischen Zusammenhänge einer aufbauenden Siedlungsarbeit blieben Nebenache. Zu diesem rein technischen Begreifen der Siedlung kam dann noch ein Schuß „sozialen Handelns" hinzu, um das schlechte Gewissen gegenüber den Landarbeitern und zweiten Bauernsohnen, die man in die Städte abwandern ließ, zu beschwichtigen. Man versuchte, echt marxistisch und industriell den Lebensstandard auf dem Lande zivilisatorisch und sozial zu fundieren. Der selbständige Landarbeiter kann aber seine

soziale Stellung nur arbeitsmäßig fundieren, denn landwirtschaftliche Siedlung ist an und für sich sozial, weil sie Aufstiegsmöglichkeit für Landarbeiter und Bauernsohne bedeutet. Und sie ist sozial, weil die soziologischen Verhältnisse des Ostens, d. h. dessen wirtschaftliche und gesellschaftliche Struktur, durch Mehrung des Bauernstandes verbessert werden. Auf diese Weise wird eine Gegend gehoben, zwar nicht zivilisatorisch durch Aufstößen „moderner sozialer Einrichtungen", sondern kulturell.

Die Grundfehler in der Organisation der Siedlung sind weiter darin zu sehen, daß der Staat die Siedlungsträger, das sind die Gesellschaften, privatwirtschaftlich aufzog und sie zu gleicher Zeit oft auf die lächerlichste Weise bevormundete, um staatsmarxistische Ideen anzuwenden. Der Staat griff in die einzelnen Siedlungsarbeiten ein, verteuerte die Siedlung und erreichte letzten Endes, daß für Schäden, die die Gesellschaften selbst verursachten, staatliche Sondermittel — meist aus dem Fonds zur Regelung der öffentlich rechtlichen Verhältnisse — entschädigungslos zum Ausgleich gegeben werden mußten. Irgendwer hat einmal das Wort vom „Hü und Hott" der deutschen Siedlungsarbeit geprägt. Sie war directionslos und ohne klare Linie. Denn, greift der Staat in die Arbeit (wohlfürstand, die technische Arbeit!) einer privatwirtschaftlich arbeitenden Gesellschaft ein, so ist jedes Kalkulieren zwecklos, weil jeder Beamte Wünsche hat die beachtet werden müssen und so alle Kalkulationen umwerfen. Konsequenz wäre, entweder Gesamtrichtlinien für eine einheitliche technische Durchführung der Siedlung, für Preisbildung und Belastung der Siedlerstellen, aufzustellen; dann braucht der Staat einer Gesellschaft, so lange sie gut arbeitet, nicht dazuzureden, oder aber, er kümmert sich um jede Einzelheit; dann muß der privatwirtschaftliche Charakter einer Gesellschaft verschwinden. Und zwar gilt dies sowohl für die sogenannten halbstaatlichen Gesellschaften wie für die Gesellschaften, die mit Privatkapital gegründet sind. Im ersten Fall — der Staat gibt Gesamtrichtlinien für die Arbeit heraus — haben die Gesellschaften das Risiko allein zu tragen, im zweiten Fall hat es der Staat gezwungenermaßen mit zu übernehmen. Das Mißgeschick von staatlicher Arbeit und privatwirtschaftlichen Interessen schafft Unsicherheit und läßt Durchstreichereien und Schiebungen sowohl von staatlicher wie gesellschaftlicher Seite her, ohne weiteres zu.

Zweck der Siedlung ist, die Wirtschaftsverfassung und die sozialen Verhältnisse der Großgrundbesitzbezirke zu verbessern, indem gesunde Bauernbetriebe anstelle der kranken Großbetriebe treten.

Wenn durch die Siedlung nun Verpflichtungen und Lasten der östlichen Landwirtschaft reguliert werden können, so ist das zu begrüßen. Adolf Hitler hat einmal betont, daß wirtschaftliche Verpflichtungen anerkannt und erfüllt werden müssen; er hat aber gleichzeitig hervorgehoben, daß dadurch nicht der wirtschaftliche Aufbau unmöglich gemacht werden dürfe, indem z. B. Zinsen und Rückzahlungen das Betriebskapital einer Wirtschaft in Anspruch nähmen. Dieser Grundsatz gilt auch für die landwirtschaftliche Siedlung und er bedeutet hier, daß Schulden liquidiert werden müssen. Auf keinen Fall darf dabei aber eine Bevorzugung der erkrankten Hypotheken eintreten. Kaufleute, Handwerker und Arbeiter des Ostens verlieren heute meistens ihr Geld, wenn ein Gut beiseite wird, weil bei Ueber-schuldung nur die erste Hypothek befriedigt werden kann.

Neben diesen grundsätzlichen Fehlern — sie sind eine Folge der Vermengung von Kapitalismus und nicht verstandenem Sozialismus — ist weiter bisher nicht begriffen worden, daß die Siedlung nicht der Sanierung der Landwirtschaft und damit zusammenhängend der Rettung der 1. Hypothek untergeordnet werden darf. Daß nur durch die Siedlung die Landwirtschaft des Ostens gerettet werden kann, haben wir wiederholt ausgeführt. Die Forderung lautet, daß anstelle der kranken Großbetriebe die Bauernbetriebe zu treten haben. Auf keinen Fall aber dürfen die Lasten der Sanierung auf die Siedlung abgewälzt werden, wie es bisher leider geschehen ist. Der

Wir sind uns klar, daß ein überschuldetes Gut, das zur Versteigerung kommt, sehr viele Existenzen in Mitleidenschaft ziehen muß. Aber dieses Wegstreichen der Forderungen auf Kosten der örtlichen Gewerbetreibenden und Arbeiter zu vollziehen, ist falsch. Die erste Hypothek wird sich Abstreichungen gefallen lassen müssen, damit auch die übrigen Gläubiger befriedigt werden können. Dieses Herabsetzen der Hypothekenforderungen braucht für die Hypothekenbank keinen unmittelbaren Verlust zu bedeuten. Der Gutbesitzer, der eine erste Hypothek von RM. 100 000 eingetragen hat, bekam bei der Aufnahme oft weniger als 80 Proz. davon ausgezahlt. Die Hypothekenbanken konnten so in den Jahren der Hochkonjunktur Gewinne machen, die zu Lasten der Landwirtschaft gingen. Hier verlangt es das Rechtsgefühl, einen Teil dieser Gewinne der Landwirtschaft wieder gutzubringen.

Man komme nicht mit den Einwendungen, die Rechtsauffassung spreche gegen eine solche Forderung; die erste Hypothek rangiere eben an erster Stelle und habe infolgedessen den ersten Anspruch. Dem steht entgegen das Volkrechtsempfinden, das nicht verstehen kann, daß die Forderungen der Handwerker, Kaufleute und Arbeiter ausfallen müssen, nur damit die Hypothekenbanken befriedigt werden können. Diese Handwerker, Arbeiter und Kaufleute sind eher bereit, einen kleinen Teil ihrer Spar-groschen, die in Pfandbriefen, die durch die Hypothekenbanken gehandelt werden, angelegt sind, fallen zu lassen, als ihr Betriebskapital zu verlieren. Das Volkrechtsempfinden verlangt eine Repartierung, damit auch die örtlichen Gläubiger einen Teil ihrer Forderungen erhalten. Diese Kreise tragen in erster Linie das Wirtschaftsleben einer Gegend. Sie zu schützen, ist Pflicht der Siedlung.

Ein Beispiel! Ein Gut ist mit 1 Million verschuldet; hiervon sind 500 000 RM. erste, 300 000 RM. zweite Hypothek, 200 000 RM. drittstellige und ungedeckte Handwerker- und

Die rechte Wahl. **Trommler 3 1/3** Hoch mit Gold und ohne Mit Gutschein und Uniformbild



Raufmanns-Forderungen. Der Erlöswert für das verkaufte Gut beträgt RM. 600 000 bis 700 000. Wenn das 2. B. die erste Hypothek mit 350 000 bis 400 000 RM. besiedelt und die zweite mit 150 000 bis 200 000 abgelehnt wird, bleiben für die restlichen Forderungen 100 000 RM. übrig, auf die die kleinen Gläubiger sonst hätten verzichten müssen. Das ist ein Beispiel, daß bei gleicher gerechter Berücksichtigung aller Gläubiger auch der Letzte etwas von seinem Gelde rettet, ohne die Entschädigung der Landwirtschaft zu gefährden. Jede Art von Entschädigungs-, Sanierungs- und Siedlungsstätigkeit wird sich in ihr Gegenteil kehren, wenn nicht die Menschen, die ein Gebiet bevölkern, wirtschaftlich dort gehalten werden. Auch die Besiedlung des Ostens mit Bauern ist zwecklos, wenn die dort schon leben-

den Arbeiter und Handwerker nicht weiter wirtschaften können. Diese eminent wichtigen Grundforderungen haben die führenden Kreise der Siedlung nicht erkannt. Die Fehler liegen darin, daß die Siedlung der Entschädigung der Güter angehängt wurde und zwar im Interesse der großkapitalistischen Finanzkreise, d. h. der Hypothekendarlehen und Landschaften. Die weiteren Fehler, die wir aufzeigten, liegen in der Vermengung von staatssozialistischer und privatwirtschaftlicher Arbeit, die sich trotz des stark gegensätzlichen eng berührte, und durch diese Berührungen die Initiative für eine organische Veränderung der wirtschaftlichen und bevölkerungsmäßigen Struktur des Ostens abtöteten. Hier sind Änderungen notwendig.

(Fortsetzung folgt.)

## Thesen zur deutschen Handelspolitik

1. Die bisherige Ordnung unserer zwischenstaatlichen Handelsbeziehungen stützt sich auf zwei Prinzipien, die einander entgegengesetzt sind:  
Einmal auf das seit Kriegsende erneuerte „manchestersche“ Marktargument des internationalen Freihandels;  
zweitens auf den Grundsatz einer maximalen Entfaltung aller an Blut und Boden gebundenen nationalen Produktionskräfte.  
Jenes ist das Argument aller bisherigen Wirtschaftskonferenzen und Konferenzen von Brüssel, Genf usw., namentlich also des modernen Finanzkapitals;  
dieses die Praxis von Bismarck 1879 bis Ottawa 1932, namentlich also des Agrar- und Industriekapitals im modernen Imperialismus.  
2. Unsere landwirtschaftlich-gewerbliche Erzeugung ging zu über 1/5, unsere industrielle Erzeugung allein zu über 1/3 in das Ausland (1930/31). Für Deutschland ist der Export daher unerlässlich, seiner Maschinenkapazität wie seiner Arbeiterkraft wegen.  
Ebenso unerlässlich ist ein Agrarschutz für seine auch national unentbehrliche Landwirtschaft und insbesondere für seine bäuerliche Bevölkerung.  
Hier kommen die Widersprüche auf, mit denen schon Friedrich List zu kämpfen hatte. Ein Beispiel aus der Gegenwart: im Ruffengeschäft wurden 1932 über 1/3 unserer gesamten sichtbaren Aktienfonds verbrent, über 350 von überhaupt rund 1100 Millionen RM. Auch Hafen- und Schiffahrtsinteressen sprechen für den Industrieexport nach Sowjetrußland, während unsere Land- und Forstwirtschaft gegen weitere Holz- und Getreidezufuhren von dort her sich sperren.

Industrievolles mit zusätzlicher Qualitäts-Ausfuhr, die schon wegen der Rohstoffzufuhr unerlässlich bleibt.  
3. Konkret gesprochen: Das Verhältnis des Produktionsfaktors Mensch zu Boden und Kapital ist auf die Dauer nicht zu bessern vom Eigentumsinteresse aus: durch Stilllegen der Betriebe und Stillhalten der Gläubiger, durch Stützen der Eigentümer oder Abbau von Lohn- und Sozialleistungen. D. h. nicht auf Kosten der kleineren Produzenten, der Bank- und Warengläubiger, der Arbeitnehmer und der Konsumenten.

Bodenknappheit, Bodenpreis und Bodenrente sind nicht „naturgegebene“ Ausgangspunkte, sondern zu verändernde Durchgangspunkte einer auf den Menschen ausgerichteten deutschen Agrarpolitik.

Überdimensioniertes Anlagekapital, mangelndes Betriebskapital, rationalisierte Betriebsgestaltung und „anonyme“ Unternehmensformen sind zwar privatwirtschaftlich, aber nicht wirtschaftlich ausgleichend für eine deutsche Industriepolitik, in deren Mittelpunkt die Millionenmassen unserer städtischen, von Boden und Kapital lebenslang abhängigen Industriebewohner einschließlich der Arbeitslosen stehen. Hier Volk ohne Raum, dort Raum ohne Volk!

6. Eine hierauf gerichtete Agrar- und Industriepolitik verlangt zur Lösung die Herrschaft eines Staates, der nicht mehr liberal ist, sondern fähig, „die Wirtschaft“, statt von außen her zu verwalten, von innen her zu ordnen. Einen Staat, der unsere 7000 oder 8000 Neufiedler jährlich und unsere 7 oder 8 Millionen Arbeitslosen, die aus produktiver Tätigkeit herausgerissen sind, in eine neue gesamtwirtschaftliche Ordnung einbaut.

Ein solcher Staat ist irgendwie das Wunschbild jener 70 oder 80 v. H. aller deutschen Wähler, die „sozialistisch“ denken oder fühlen.

7. Besteht ein solcher Staat schon? Nein. Ansätze sind freilich da: Im Transport von der Eisenbahn bis zum Flugverkehr und Radio. In der Währung, Devisen- und Kreditordnung (außer Bankgeld und Bankanleihen) bestehen Ansätze vom „Dawesplan“ bis zum „Papenplan“. Ferner in Städtebau- und Siedlungsplänen, in den „Haushaltsplänen“ und in Produktionsplänen für Zucker, Spiritus usw. Ausbau-Beschrankungen und sogar Vernichtungs-Pläne gibt es für Getreide, Baustoffe, Schiffbau usw.

8. Jeder positiven Lösung durch den Staat muß die Mittelwahl entsprechen. Sonst erhalten wir bestenfalls Prothesen, aber keine Synthesen!

Der Schutz vor allem ist keinesfalls ein „Plan“, nur ein „Zarif“. Keine staatliche Koordination der gesellschaftlichen Produktionskräfte, sondern nur ein Verwaltungsrahmen für das „freie Spiel“ der Kaufleute und Produzenten; gleichsam ein Sieb mit weiten oder engen Maschen, durch das ein „freier“ Güterstrom fließen soll. Die Zölle sind Miturheber jener unausgeglichenen Marktlage, die sie besetzen sollen. Unter ihnen beträgt der Durchschnittspreis für unsere Industrieerzeugnisse (Anfang 1933) rund 113 Prozent, der Preisindex für Vieh dagegen knapp 60 Prozent; unsere gesamte Industrieerzeugung rund 50 bis 60 Prozent, unsere gesamte landwirtschaftliche Erzeugung hingegen 100-110 Prozent.  
Der Zollposition für die Landwirtschaft entspricht überdies die Kartell- und Dumpingposition bei Ausfuhrindustrien. Agrarzölle haben endlich eine geringe und qualitativ andere Wirkung auf die einheimischen Marktpreise

als Industriezölle, bei denen eine Monopolstellung des Produzenten jeglichen Wettbewerb eingrenzen kann. Unsere Aufgabe ist mit Agrarzölle ebensowenig lösbar, wie durch Kartellabreden, wir müssen die Gleichung: Volkswirtschaft = Kapitalwirtschaft verlassen.  
Die Schaffung von Bodenraum und tragbaren Bodenwerten ist nur vom Staat aus lösbar; die Frage der Kapitalabwertung und Kapitalbeschaffung ebenfalls.

9. „Wirtschaftsführer“ können; gleich Staats- oder Heerführern, Niederlagen erleiden. Eine Regierung, die „keine Experimente“ machen will (Staatssekretär Bang), muß ihnen vertrauen und die Niederlagen anderen Ursachen zuschreiben. (Marxismus; Lohnhöhe; Ausland). Ansatzpunkte jeder konkreten Lösung sind nicht Löhne und Steuern, sondern der Kapital- und Bodenfaktor, von denen ja — nach liberaler Lehre — die Arbeiter im „Lohnfonds“ und die Regierung mit Steuern unterhalten werden. Daß jene Faktoren sich nicht mehr automatisch harmonisch einspielen lassen, lehrt die Krisis, in welcher Kapital- und Bodenwerte, Profit und Rente zu verfallen drohen, ohne daß die Widersprüche zwischen ihnen aufhören. (Handel und Schifffahrt gegen Landwirtschaft, „Veredelung“ gegen Körnerbau bzw. Rohstoffgewerbe, usw.) Der Ausgleich zur neuen Agrar- und Industriepolitik bleibt daher unwirksam bei „Eingriffen“ von außen her; er setzt voraus, daß ein „autoritärer Staat“ künftig innerhalb der „Wirtschaft“, innerhalb der Produktionsverhältnisse, steht.

Die Lösung erscheint unmöglich, wenn man (Staatssekretär Bang), „natürlichen“ Lohn und Preis mit Kartellschutz und Zollschatz zu einer Art von manchesterlicher Monopolordnung verflochten.

Unmöglich auch auf dem Weg einer neuen „Weltwirtschaftskonferenz“, deren Scheitern schon durch ihr Programm besiegelt ist.

10. Die Lösung muß künftig das Ganze der Gesamtwirtschaft umfassen. D. h. statt aller handelspolitischen Mittel des aufsteigenden Kapitalismus und statt aller „Mischformen“ wären nötig staatliche oder berufsständische Anbau-, Kredit- und Vorratsordnungen sowie Marktpreise, die sich nach Kategorien von Herstellern oder Verbrauchern differenzieren lassen; der liberale Bestimmungsgesund des Grenzquats bzw. Grenzgenusses verliert seine Kraft, sobald die Produktion — einschließlich Bodenraum und Bodenwert — im nationalen Maßstab „geplant“ wird. Die neuen Mittel der Handelspolitik (Kontingente, Praeferenzien) werden erst vom Produktionsprozess aus sinnvoll; der unter 1. genannte Widerspruch wird aufgehoben, insofern jene neuen Mittel gegen die imperiale Blockbildung und gegen die Überkapazität am gegenwärtigen Weltmarkt wirken.

11. Ziel einer solchen „geplanten“ Produktions- und Handelspolitik ist also der Produktionsfaktor Arbeit (als Siedlungsvolk und Industriebolke), — jener soziale Gegenspieler

jeder Erwerbs- und Marktwirtschaft, den keine „national-kapitalistische“ Politik ausschalten kann und dem demgegenüber die anderen Produktionsfaktoren an die zweite Stelle treten. Die betrieblich-technische Umgestaltung darf daher weder an den „heiligen Geist der Wirtschaft“ glauben, von dem Staatssekretär Bang spricht, noch vor dem bürgerlichen Recht an den sachlichen Produktionsmitteln haften. Es gibt keine „Bibel der Wirtschaft“, wie man einst den Dawesplan genannt hat. Seit dem Wirtschaftskrieg, der Inflation und Auf-

**EUROPA**  
DAS HOCHHAUS  
PROSPEKTE KOSTENLOS  
Jhre beste Visitenkarte!  
BÜROS VON 50 RM. AN BINSCHL. ZENTR. HEIZUNG FAHRSTUHL  
WIR LADEN ZUR BESICHTIGUNG EIN  
STRESEMANNSTR. 92-102 GROSSBAUTEN A1 JÄGER 2048

wertung haben keinerlei „Pläne“ von der Kapitalseite her die Wirtschaftsfunktionen oder die Eigentumspositionen der Vorkriegszeit wiederhergestellt. Gerade die Handelspolitik einer „Arbeiterpartei“ muß die menschliche Dynamik den Ansprüchen des Kapitalprofits voranstellen.

12. Ich schliese mit der Bemerkung, daß ich hiermit keinerlei persönliche Vorliebe oder subjektive Tendenz ausdrücke; sondern jenen objektiven Zeitgeist, der in allen Erschütterungen und in allem Chaos der Gegenwart eine Tendenz zur Integration von Staat und Wirtschaft zeigt.

Solche die Welt wandelnden Tendenzen in das Bewußtsein zu heben, die Zeit im Gedanken zu fassen, wie Hegel sagt, ist Aufgabe einer vorausschauenden Wissenschaft. Es ist zugleich eine Aufgabe, die unsere Gegenwart dem handelnden Staatsmann stellt.

Professor Friedrich Lenz.

## Die sogenannte „Freiwirtschaft“

Von Karl Scheda

(Schluß.)

Adam Smith hat ja die Irreliefe von der Interessensharmonie bei freiem Spiel der Wirtschaftskräfte auf die falsche Voraussetzung von der Gleichheit aller Menschen gegründet. Diese Irreliefe hat in Wahrheit zum Kampfe aller gegen alle geführt, wobei der Kapitalkräftigere den Schwächeren einfach vernichtet. Ruhland betont daher mit Recht, daß selbst die mittelalterliche Leibeigenschaft und sogar die antike Sklaverei noch Lichtblicke bieten gegenüber dem kapitalistischen System, das sich auf dem Trugbilde angeblich freier Konkurrenz aufbaut. Dem Leibeigenen und dem Sklaven mußte doch sein Herr unter allen Umständen das Existenzminimum gewähren. Beim kapitalistischen System des freien Spiels der wirtschaftlichen Kräfte bestimmt aber der wirtschaftlich Stärkere seine Gegenleistung ohne Rücksicht auf das Existenzminimum der anderen Partei. Deshalb fordert Ruhland mit Recht die Beseitigung der kapitalistischen Grundfrage der freien Preisbildung und des angeblich freien Vertrages über Leistung und Gegenleistung. Denn sie sind alle nichts weiter als liberale Scheuereien mit dem gewollten Zweck, zu verschleiern, daß alle diese Freiheiten in Wirklichkeit nur die wirtschaftlichen Werkzeuge des Kapitalismus sind, um sich in aller Form Rechtens einen wucherischen Mehrwert aus dem Arbeitsprodukt des Volksganzen anzueignen. Ebenso verlangt Ruhland die Beseitigung des durchaus gemeinschaftlichen

Grundsatzes, daß für die Preisbildung der Waren das Konsumenteninteresse entscheidend sei. Anstelle dieser falschen Grundfrage sollen daher nach Ruhland folgende, auf Gerechtigkeit und Billigkeit beruhende Grundfrage treten:

1. Der Preis der Arbeitserzeugnisse wird grundsätzlich nach der Höhe der Produktions- oder Reproduktionskosten, also nach dem Buch- oder Sachwert (zulum prärium) festgesetzt.  
2. Die Aufrechterhaltung dieser Preisgrundlage erfolgt durch den Zusammenschluß der beteiligten Produzentengruppen.  
3. Nicht das Konsumenteninteresse ist der Leitstern, sondern der Grundsatz: jeder redlichen Arbeit ihren gerechten Lohn!  
Erst diese Ausschaltung der Preisdifferenz sichert die wahre, wirtschaftliche Freiheit und Selbständigkeit des einzelnen, sowie die harmonische Entwicklung der einzelnen Erwerbsstände im Verhältnis zueinander.  
Ruhland verlangt daher Syndikatsbildung auf der ganzen Linie des Erwerbslebens. Das Syndikat schafft eine planmäßige Ordnung der Produktion und der Preisbildung für alle angeschlossenen Einzelwirtschaften. Mit den Verkaufskontoren der Syndikate fällt auch die so schädlich wirkende Börse weg. Das Kapital, das heute die Arbeit beherrscht und ausbeutet, wird dann wieder der Diener der nationalen Arbeit. Die heutige Syndikatsbildung zur Vertretung der Produktion wird jedoch grundsätzlich beseitigt. Notwendig ist also ein entsprechendes soziales Syndikatsgesetz.

## Eine Weltreise für alle Leser der Ueber 275 000 Mitreisende haben sich schon angemeldet!

Nur 30 Pfennig pro Woche!

Was regt den Geist von neuem an, bringt Frohsinn und Schaffensfreude wieder? — Die Welt in Reife und Reife! Wir wollen erfahren wie die Welt in Wirklichkeit mit all dem Reichtum ihrer Naturschönheiten ausgestattet und wie die Menschen darauf leben. Aber nur wenige können eine Weltreise machen — und die andern auf eine Weltreise verzichten? Nein! — Wir wollen dem Leser zeigen, was das ganze herrliche Erdenrund ist, indem wir es durch einen in Wort und Bild entrollen lassen. Länder, Völker, Naturbeschreibungen sollen die Leser fesseln und erfreuen. Sie werden mit uns von Land zu Land, von Ort zu Ort reisen. Wir versprechen den Lesern genussreiche Stunden und wollen ihnen ein freundlicher, aufmerksamer Führer sein. Ersete jeder mit uns gefoch die Weltreise an und lerne die Pracht der Natur, die Sitten und Gebräuche der verschiedenen Völkergruppen ohne Reisetagebuch, teure Aus-

stellungen und Reisegeter kennen. Sie kann alles im gemütlichen Heim für nur 80 Pf. wöchentlich durch unsere Zeitschrift „Durch alle Welt“ genießen. Jede Woche erscheint ein enthält die Berichte, Reisebilder, Jagdabenteuer bekannter Weltreisender aus allen Ländern der Erde. In jedem Heft ist der interessante Text durch über 50 herrliche Abbildungen in farbigen Kupferstichdruck belebt. — Für allgemeine Orientierung über alle die Länder, Städte, Gebirge, Seen, Ströme, die Sie mit uns besuchen, erhält jeder Abonnent als Bestandteil des Abonnements in Lieferung ein außerordentlich reichhaltiges und außerordentlich schönes Handatlas.  
füllen Sie nebenstehenden Anmeldebogen aus, senden Sie ihn an uns ein und die für einen jeden erlebnisreiche Reise wird sofort angetreten.

Anmeldebogen für die Leser der

An Peter J. Oestergaard Verlag, Berlin-Schöneberg.

Ich bestelle „Durch alle Welt“ jede Woche ein Heft für 80 Pf. auf ein Vierteljahr; kündige ich nicht fünf Wochen vor Bezugsquartal auf. Wollte ich die Zeitschrift weiterbezahlen, Ersillungsart Berlin-Schöneberg. Gegen Entsendung der Verbandskarten erhalte ich in Lieferungen den großen Handatlas.

Name: \_\_\_\_\_ Alter: \_\_\_\_\_

Ort: \_\_\_\_\_ Straße: \_\_\_\_\_

Der verfügbare Raum gestattet nur eine kleine Skizze des großartigen Planes Rußlands für eine neue „volksorganische“ Rechts- und Wirtschaftsordnung zu geben. Eine besonders wichtige Folge derselben ist der Wegfall des unter der heutigen kapitalistischen Wirtschaftsordnung stets wirksamen Anreizes, den Lohn der Hilfsarbeiter so niedrig als möglich zu halten. Bei der freien Konkurrenz wird der Warenpreis den Produzenten durch die anderen Produzenten diktiert. Er wird dadurch gezwungen, seine Produktionskosten möglichst zu verbilligen und auch die Lohnsätze seiner Hilfsarbeiter möglichst tief zu halten. Hierdurch entfällt der vererbliche Interessengegensatz zwischen Arbeitgeber und Hilfsarbeitern derselben Berufsgruppe, der zum volkserhebenden Klassenkampf und Klassenkampf führt. Nach Rußlands volksorganischer Wirtschaftsordnung wird dem selbständigen Produzenten sein Gesamtertrag gewährleistet nach dem „gesellschaftlichen Kostenwert“, dem Buch- oder Sachwert. Erfolgt dann die Sonderisierung der Produktion nicht nach heutigen privatwirtschaftlichen Verhältnissen, sondern nach allgemeinen volkswirtschaftlichen Grundsätzen, dann ist die Festsetzung auch guter, ausgiebiger Arbeitslöhne im eigenen Interesse des Unternehmers und somit eine Selbstfolge der neuen Wirtschaftsordnung. Denn hohe Arbeitslöhne sind ein Zeichen hoher Kultur.

Rußland war, wie alle genialen Menschen, durchaus bescheiden. Wiederholt führte er den Wunsch des Fürsten Bismarck an, daß die „Revisionen der Geschichte“ noch viel genauer seien, als die der Oberrechnungskammer. Rußland glaubte, daß auch seine Lebensarbeit der unbeflechten Richter, die Zeit, entscheidend urteilen würde zwischen den Leistungen, die nur vorübergehende Bedeutung hatten und seinen Wahrheitsertntnissen von

bauerndem Wert. Seit fast 20 Jahren ruht dieser treue Sohn unseres Volkes in seiner letzten Ruhestätte in Bad Säck. Die Gelehrten der verschiedensten Richtungen und Richtungen seiner Lebensarbeit.

Um so mehr haben die praktischen Staatsmänner die Aufgabe und die Pflicht, sich mit Rußlands Ideen vertraut zu machen und festzustellen, welche derselben für den Wiederaufstieg unseres gequälten Volkes von Bedeutung sind. Die Geschichte beweist, daß individualistische Zeiten und Verhältnisse immer nur verhältnismäßig kurze Uebergangszeiten zwischen organischen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnungen bilden. So ist heute eine neue, den jetzigen Verhältnissen angepasste Organisation unserer nationalen Arbeit eine Lebensfrage. Hierfür liegt bisher, nachdem der Kapitalismus des Adam Smith und der Marxismus überwunden sind und die Kathedersozialisten verjagt haben, nur ein Plan vor, der Plan Rußlands! Gegenüber den ungläubigen Anhängern der sogenannten Freiheitlichkeit sei hervorgehoben, daß bereits in der kaiserlichen Votivschicht vom 17. November 1881, die bahnbrechend unsere Sozialgesetzgebung einleitete, Fürst Bismarck die Ansicht ausgesprochen hat: „Es ist eine der höchsten Aufgaben jedes Gemeinwesens, das auf sittlichen Fundamenten des christlichen Volksebens steht, den engeren Anschluß an die realen Kräfte des Volksebens durch das Zusammenfassen desselben in der Form korporativer Genossenschaften unter staatlichem Schutz und staatlicher Förderung zu finden.“ Diese förderliche Eingliederung jedes Einzelnen in die Berufsgenossenschaften auf der ganzen Linie unseres Erwerbslebens bei intigierter Vermählung der sittlichen Freiheit der Arbeit; das bedeutet nach Rußland auch heute noch die eigentliche Lösung unserer sozialen Frage!

Aber es werden jetzt zweifellos schon viele Arbeiten ausgeführt, die einzelnen Privatbesitzern von Grund und Boden erhebliche Vorteile durch Verbesserung ihres Besitzes bringen. Wenn auch diese durch Beiträge in irgend welchen Formen mit zu den Kosten der Arbeit beitragen, so wird dadurch in den seltensten Fällen der wirkliche Mehrwert gedeckt. Vor allem ist es ja auch unbestimmbar, wie groß dieser in Zukunft sein wird. Es ist aber keineswegs ausgeschlossen, daß dieser Mehrwert in Zukunft eine große Bereicherung auf Kosten der Allgemeinheit darstellen wird. Andererseits ist es unter den heutigen

Verhältnissen wohl durchweg ausgeschlossen, den Besitzern dieses zu verbessernden Grund und Bodens größere Lasten aufzubürden. Sie würden dann eben die Arbeiten gar nicht ausführen lassen können. Hier muß bald ein Weg gefunden werden, daß dieser auf Kosten der Allgemeinheit entstandene Mehrwert einmal wieder dieser Allgemeinheit zugute kommt. Es wird also nötig werden, diesen so verbesserten Privatbesitz in irgendeiner gerechten Form — zunächst zinslos — vorzubehalten, um auch der Volksgemeinschaft den ihr zugute kommenden Nutzen zu gewähren. Linde.

## Die deutsche Nationalkirche

Von Dr. Walter Grupe

Der Reichswart erhält folgende Zuschrift: In Nr. 5 und 6 des Reichswart (5. und 12. Februar 1933) erfuhr das Buch des Leipziger Universitätsprofessors Ernst Bergmann „Die deutsche Nationalkirche“ eine recht ungünstige Kritik. Zwar wurde darin mit Recht vermutet, daß das Buch wohl größere Verbreitung erlangen wird, aber der Verfasser der Kritik scheint eine rasche Verbreitung des Buches höchst ungern zu sehen, weil er es so eilig hat, das Urteil über die deutsche Nationalkirche von vornherein festzulegen. Ein fruchtbarer Meinungsaustausch über dies Buch scheint also von vornherein nicht erwünscht zu sein.

Ich will deshalb auch gar nicht versuchen, in einem Meinungsaustausch über Einzelheiten dieses Buches einzutreten. Ich will nur auf das eine hinweisen, nämlich auf die Wirkung, die dieses Buch auf Nationalsozialisten und solche, die es werden wollen, haben wird. Vor allem möchte ich sprechen von denen, die es werden wollen, denn zu denen gehöre ich.

In dem Bestreben, nicht eher Nationalsozialist zu sein, als bis ich es mit Leib und Seele und ohne den kleinsten Vorbehalt sein könnte, habe ich in gründlicher Auseinandersetzung mit nationalsozialistischen Büchern meine Vorbehalte geprüft, bekämpft und überwunden bis auf einen. Und dieser ist religiöser Natur. Sowohl als religiöser als auch erkennender Mensch kann ich nicht wieder zurück zum Christentum in seiner heutigen Gestalt. Ich suche also Klarheit über diesen einen Punkt: Will die nationalsozialistische Bewegung Deutschland vom Christentum oder vom Deutstum her erneuern? Noch gehen die Antworten auf diese Frage auseinander. Darum, und einzig und allein aus diesem Grunde zögere ich mit vielen meiner Freunde, den letzten Schritt zu tun. Und nun kommt Bergmanns Buch und will mir meinen letzten Zweifel nehmen. Er spricht Klipp und Klar das wichtigste Problem kommender Zeit aus. (S. 263): „So wahr der Nationalsozialismus das uraltnordische Wendekreuz zu seinem Symbol gewählt hat, so wahr wird er das Golgathakreuz von sich weisen müssen. In beiden Zeichen kann er nicht siegen. Er steht er bereit an der Milvischen Brücke und erschaut ihm das falsche Kreuz in den Wolken, dann wehe ihm. Die Geschichte würde ihren Sinn verloren haben, wenn die uraltnordische nationalsozialistische Freiheitsbewegung im Zeichen des Mittelmeerkreuzes siegen würde. Der Gang der Dinge wird unseren Führern die Logik der Geschichte klar machen.“

Und der Gang der Dinge zeigt schon jetzt jedem nachdenklichen Beobachter, daß bald die letzte Entscheidung fallen muß. Selbst die letzte

Nummer des Reichswart gibt Bergmann indirekt Recht in dem Aufsatz von Dr. Max Wiewer: „Nordische Ethik? Nordische Wiedergeburt!“, nämlich wo er aus Franz Werfels Wiener Rede zitiert, daß sich Werfel „Kraft uralter Bluts- und Weisensverwandtschaft gerade als Jude“ zu einem „echten Christentum“ bekennt. Wir wollen dankbar sein, daß der jüdische Dichter so ehrlich ist. Vielleicht werden wir auf solche Weise zu klaren Fronten kommen. Vielleicht merken es wieder ein paar mehr, wohin sie gehören und wohin das Christentum gehört.

Und das wird die große Bedeutung dieses Buches von Bergmann werden, daß sich daran die Geister scheiden werden, daß die Halbheiten und Inkonsistenzen erkannt werden, auf daß wir ganze Deutsche werden. Eine große

## Der vollständige Reichswart-Jahrgang 1932

zum Ausnahmepreis von ungebunden 2. - RM. gebunden ... 3. - RM.

Zuversicht erfüllt uns, daß das große deutsche Einigungswerk nicht in eine Sackgasse führt oder auf halbem Wege stehen bleibt. Es sind der Stimmen zu viele, die Schnucht haben nach einer deutschen Religion. Man höre auch auf solche wahrhaft deutschen Dichter wie R. G. Binding, der 3. B. in seinen „Rufen und Reden“ eine deutsche Religion bekennt. Man hute sich aber davor, diese berufenen Deutsch-erzieher Materialisten zu nennen. Sonst könnte die Besichtigung Materialist, mit der wir jetzt noch herabzehen können, eines Tages ein Ehrenname werden. Die Geschichte hat mehrere Beispiele für solche Art Bedeutungswandel. Weil ich das Schlimmste befürchte, habe ich hier nur die eine Bitte auszusprechen: „Bekämpft nicht die, die bereits zu euch gehören, oder die als Brüder zu euch stoßen wollen!“

Verantwortlich für den Inhalt und Anzeigen: Groß-Plager zu Wittenberg, Berlin Verlag: „Der Reichswart“, Verlagsgesellschaft m. b. H., Berlin SW 11, Europahaus, Gintaga Anhaltstraße, 3. Etage (Fahrtstuh), Fernsprecher 41 Jäger 2280. — Druck: Hof-Druck Gm.b.H., Berlin. — Unverlangten Manuskripten ist Rückporto beizulegen.

## Gefahren für den Arbeitsdienst

Als 1930 die ersten Schritte zur Durchführung des Arbeitsdienstes, wenn auch zunächst nur in freiwilliger Form, getan wurden, da waren die Gegner sehr bald auf dem Plan. Die Gewerkschaften, vor allem die sozialdemokratischen, fürchteten für die Tarifverträge; auf der anderen Seite waren die Unternehmer schärfste Gegner, weil sie selbst alle Arbeiten des Gewinnes wegen für sich in Anspruch nahmen. Es war also auf beiden Seiten nahtloser Interessensstandpunkt, wie ihn ja die liberalistische Wirtschaftsordnung nie anders gekannt hat.

Auch heute sind die Ansichten dieser Kreise noch im wesentlichen dieselben geblieben, mit dem Unterschied freilich, daß die Unternehmerschaft auf dem besten Wege ist, den Arbeitsdienst für sich auszunutzen. Ihre Vertretungen haben es verstanden, die zuständigen Behörden davon zu überzeugen, daß der Arbeitsdienst nur dann wirtschaftlich zu arbeiten in der Lage ist, wenn der Unternehmer mit eingeschaltet wird. Mit anderen Worten: Die Arbeitsdienstwilligen sollen Unternehmern zur Verfügung gestellt werden, die sie dann natürlich ordentlich zur Arbeit anhalten und für sich ausnuzen werden. Oder glaubt etwa jemand, daß der Unternehmer aus Idealismus den Arbeitsdienst unterstützen will? Oder daß er die Volksgemeinschaft fördern will? Schon erhalten die Arbeitsämter Vorwürfe für Verzögerung zwischen Träger der Arbeit, Unternehmer und Träger des Dienstes zugeführt, um überall darauf zu drücken, daß ohne Mitwirkung des Unternehmers keine Arbeit mit Arbeitsdienstwilligen ausgenommen wird. Damit werden nun die Träger des Dienstes zunächst die Stellen, die dem Unternehmer die Arbeitskräfte zuführen und die dann mit dafür sorgen, daß diese billigen Arbeitskräfte dem Unternehmer in allem zu Willen sind. Wer die Mentalität des liberalistischen Unternehmertums kennt, weiß, daß ihm alle Mittel und Wege recht sind, um zu seinem Ziel — recht viel zu verdienen — zu gelangen. Kleine Sondervergütungen oder Prämien für große Leistungen an die Arbeitswilligen gehören ebenso zu diesen Unternehmer-gepflogenheiten, wie „Aufmerksamkeiten“ aller Art für die Führer der Arbeitslager oder die Träger des Dienstes oder der Arbeit selbst. Daß mit einer solchen Regelung der Arbeitsdienst allmählich ganz und gar nur auf den rein wirtschaftlichen Zweck gedrängt wird, dürfte einleuchtend. Das das aber nie der Sinn sein kann, dürfte auch klar sein.

Mit der Stoppuhr in der Hand, mit „in die Hände sprucken“, um Leistungen zu erzielen, wird man dem Arbeitsdienst, weder dem Freiwilligen, noch dem Pflichtdienst der Zukunft, nicht gerecht.

Es soll keineswegs geleugnet werden, daß nicht an vielen Stellen die Arbeitsleistungen

durchaus ungenügend waren und noch sind. Es haben sich Arbeitsmethoden herausgebildet, die keineswegs zu billigen sind. Wenn z. B. sozialdemokratische Lager sich damit begnügen, jedem nur eine kleine Arbeitsleistung für den Tag zuerteilen und nach ihrer Beendigung in vielerlei zweier oder drei Arbeitsstunden die Freizeitgestaltung jedem einzelnen überlassen, so ist das durchaus zu beurteilen. Solche Auswüchse aber lassen sich durch richtige Auswahl der Verbände, die Träger des Dienstes sind, und durch genügende sachmännliche Aufsicht, die entweder der Träger der Arbeit oder des Dienstes zu stellen hat, sehr wohl beseitigen. Die Arbeit selbst gehört ganz zweifellos in den Mittelpunkt des Arbeitsdienstes. In der Hinsicht wird er sich immer auch vom Wehrdienst unterscheiden. Es muß aber alles vermieden werden, was diese Arbeit nicht eindeutig als Arbeit für die Volksgemeinschaft, für das Volksganze kennzeichnet. Das ist nicht der Fall, wenn das Unternehmertum mit Hilfe des Arbeitsdienstes auch wieder große Gewinne machen kann. Man wird einwenden, daß besonders große Arbeiten gar nicht ohne Unternehmer ausführbar sind. Dem ist entgegenzustellen, daß durch den Arbeitsdienst im allgemeinen nur Arbeiten ein- und zweifacher Art ohne großen Maschinen- und Geräteeinsatz in Frage kommen. Wo etwa Gleise, Loren und Lokomotiven zum Erdtransport nötig sind, kann man sie mieten oder kaufen. Wenn heute bereits Pläne vorhanden sind, Generalunternehmer für große Zukunftsregulierungen, die vom Arbeitsdienst ausgeführt werden sollen, einzuschalten, so zeigt das nur allzu deutlich, wohin der Weg gehen soll. Man wird nichts einwenden, wenn hier und da, wo vielleicht auch noch Kunstbauten mit der Arbeit verbunden sind, kleine Unternehmer und Handwerker, sei es als Ausführende, sei es als Bauleiter oder Aufseher, hinzugenommen werden — gerade diese im Mittelstand wurzelnden Kräfte müssen in Zukunft der Großwirtschaft gegenüber, wo es irgend anhängig ist, gestärkt werden. — Aber der Großunternehmer, hinter dem doch letzten Endes immer wieder das Finanzkapital steht, gehört nicht in den Arbeitsdienst. Man darf gespannt sein, wieweit die heutige Regierung diese starken Bestrebungen des Unternehmertums unterstützen und damit den Arbeitsdienst auf die nur wirtschaftliche Bahn lenken wird.

Eine zweite Gefahr droht von der Arbeit selbst her. Man verlangt von dem Arbeitsdienst, daß er nur Arbeiten ausführt, die gemeinnützig und zusätzlich sind. Es wird nicht immer leicht sein, hier die richtigen Abgrenzungen zu finden. Schließlich kann ja auch schon der Arbeitsdienst als solcher jemals immer als gemeinnützig betrachtet werden, folgt er doch für Tausende, daß sie Arbeit und Brot erhalten.

Die Erzeugnisse der Singer Nähmaschinenfabrik Wittenberg Bez. Potsdam



DEUTSCHE QUALITÄTS-ARBEIT

Weiteffiziente Zahlungserleichterungen • Mäßige Monatsraten

SINGER NÄHMASCHINEN AKTIENGESELLSCHAFT

Berlin W 8, Kronenstraße 22

Singer-Läden überall

Wir liefern Ihnen den **„Reichswart“** in der Zeit bis zum 1. 4. 33 kostenlos, wenn Sie untenstehenden Bestellzettel ausgefüllt an uns einsenden.

Hiermit bestelle ich bei der „Reichswart“ Verlagsgesellschaft m. b. H., Berlin SW 11, Europahaus, für ein Vierteljahr die Wochenzeitung „Reichswart“ zum Bezugspreis von vierzig Pfennigen, 1,20 für Berlin, 1,30 für andere Städte, einmalig, befristet. Erstmal einen Monat vor Ablauf des Vierteljahres keine Abbestellung, im verlängert sich das Abonnement jeweils um ein Vierteljahr.

Name: \_\_\_\_\_ Stand: \_\_\_\_\_  
Ort: \_\_\_\_\_ Straße: \_\_\_\_\_  
Erfüllungsort: Berlin-Mitte

Siehe deutlich schreiben! Diesen Bestellzettel in unverschlossener Umschlag unfrankiert an „Reichswart“ - Verlagsgesellschaft m. b. H., Berlin SW 11, Europahaus senden. — Nichtzugehendes ist durchzuschicken.

Telefon: A 1 33 a e r 2340

Steffen-Büromöbel

Geliegenheitskäufe / Fabrikation gebraucht / neu Kochstraße 23  
In der Wilhelmstraße (Zentra. Haus) bitte auf Hausnummer achten!

Kauft nicht in jüdischen Geschäften!

**Daunendecken** aus erster Hand

Auch Auararbeiten sowie Anfertigung von eigenen Zutaten.

**Bettenhaus R. Schoner**  
Berlin O 36, Oranienstr. 12  
Nähe Hochbahnhof Grönlitzer Bahnst.  
Fernspr.: P & Oberbaum 0553.